

## Wohnungslosigkeit von EU-BürgerInnen strukturell bekämpfen.

**Wohnungslosigkeit als Problem wird vorwiegend lokal sichtbar - und in der Folge auch lokal behandelt. In europäischen Metropolen nehmen EU-BürgerInnen einen überproportional großen Anteil unter den Menschen ein, die insgesamt von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Damit fällt das Problem aber nicht nur unter lokale Verantwortlichkeiten bzw. in die Verantwortung der Städte, sondern sollte somit auf mehreren, verschiedenen, politischen Ebenen behandelt werden: Nur eine systematische Zusammenarbeit von lokalen, nationalen und europäischen AkteurInnen kann Wohnungslosigkeit strukturell bekämpfen.**

Das europäische Recht auf freien Personenverkehr ermöglicht es allen EU-BürgerInnen, den Lebensmittelpunkt in einen beliebigen Mitgliedsstaat zu verlegen, wobei die Gründe für einen Umzug auf längere Zeit innerhalb der EU sehr unterschiedlich sind. Und bisher nur unzureichend wissenschaftlich erfasst. Eine häufige Motivation, in ein anderes EU-Land zu ziehen, ist für EU-BürgerInnen oftmals die Hoffnung auf bessere Arbeits- und Lebenschancen.

Der jüngste [Eurostat Bericht - über EU-BürgerInnen, die in anderen Mitgliedsstaaten leben](#) - zeigt, dass der Weg auf den Arbeitsmarkt dort oft erfolgreich ist. Jene BürgerInnen, die in einen anderen Mitgliedsstaat zogen, hatten 2017 mit 76,1 % eine deutlich höhere Chance auf Beschäftigung, als jene, die im Herkunftsland verblieben (72,1%) sind.

Gelingt die Arbeitsmarktintegration nicht, oder wenn andere unvorhergesehene und behindernde Umstände eintreten, fehlt es den MigrantInnen meistens an ausreichender Information über ihre Rechte und Ansprüche im Gastland, und sie haben Schwierigkeiten, die nötige Unterstützung zu finden. Damit haben mobile EU-BürgerInnen ein höheres Risiko, wohnungslos zu werden.

Auf lokaler Ebene sind dann die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe unerlässliche, erste AnsprechpartnerInnen für Betroffene. Jedoch fehlen oft Expertise und/oder die nötigen Ressourcen, um kompetente Beratungen über rechtliche Ansprüche anbieten zu können.

Korrekte und umfassende Informationen über die rechtliche Situation von wohnungslosen EU-BürgerInnen, könnten jedoch ein wesentlicher Teil der Lösung sein. Da sich die Wohnungslosenhilfe und andere Agenden der Existenzsicherung meistens in

Länderkompetenz befinden, sind dazu auch die Stadtverwaltungen und die Bundesverwaltungen in die Verantwortung zu ziehen. Die Städte sind bislang wesentliche FördergeberInnen für lokale Hilfssysteme und sie stellen Ressourcen wie Notunterkünfte, Winterpakete und Tageszentren.

In Bezug auf rechtliche Rahmenbedingungen lässt sich der zunehmende Trend beobachten, dass einzelne Städte und auch Mitgliedsstaaten ihre Gesetze unter dem Postulat der öffentlichen Sicherheit gezielt anpassen und Betteln, Schlafen, ... im öffentlichen Raum bewusst kriminalisieren. Noémi Fanni Molnár, Streetlawyer Association und Nóra Teller, Metropolitan Research Institute werden sich im Arbeitskreis 13 „‘No country for the poor‘: Kriminalisierung und Repression von Wohnungslosen im wohnungspolitischen Kontext in Ungarn“ im Rahmen der BAWO Fachtagung mit Kriminalisierung und Repression von Wohnungslosen auseinandersetzen.

Auf europäischer Ebene braucht es dringend mehr und vertiefende Forschung über Ursachen und Hintergründe von Migrationsverläufen innerhalb der EU sowie eine umfassende Dokumentation über Armut und Wohnungslosigkeit, um - in einem ersten Schritt - Bewusstsein für ein wachsendes Problem schaffen zu können. Es bedarf dringend einer systematischen Auseinandersetzung mit den bestehenden Widersprüchlichkeiten bei europäischen Rechten und Grundwerten sowie der vielfach variierenden Ausgestaltung und Reglementierung von nationalen Hilfssystemen.

Ein weiterer Anstoß zur internationalen Zusammenarbeit, um Wohnungslosigkeit strukturell zu bekämpfen, soll mit der [Feantsa Policy Conference](#) am 30. und 31. Mai 2019 in Porto gelingen.

Informationen über die Situation von wohnungslosen EU-BürgerInnen sowie die Rolle von Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, Städten, Mitgliedsstaaten und der EU sind in einem [Bericht der FEANTSA](#) zusammengefasst.

*Sina Lipp, neunerhaus*